PB.Z-01-289

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Säkulare Grüne
Beschlussdatum:	17.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 288 bis 290 einfügen:
den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert wird**Der Bundestag soll eine Enquete-Kommission einrichten, die das Verhältnis von Staat und Kirchen und anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften umfassend untersuchen und Reformen vorbereiten soll.“**. Außerdem wollen wir die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der Staatsleistungen

Begründung

Demokratie lebt von Transparenz. Transparenz setzt aber voraus, dass ein Rechtsgebiet durchschaubar sein muss.

Die Regelungen zum Verhältnis von Staat und Kirchen bzw. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aus dem Jahre 1919 sind hingegen allenfalls für wenige Fachleute nachvollziehbar. Wer versteht beispielsweise, auf welche historischen Prozesse die Staatsleistungen in Höhe von über 500 Millionen Euro im Jahr von den Bundesländern zu zahlen sind?

Angesichts dieser fehlenden Transparenz hat der Deutsche Bundestag die Aufgabe, die vielfältigen finanziellen , organisatorischen und rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für den öffentlichen Diskurs transparent zu machen. Er soll das Geflecht zugleich im Sinne einer Evaluierung auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Für diese Aufgabe eignet sich eine Enquete-Kommission, die zur Hälfte aus Abgeordneten und aus externen Persönlichkeiten beispielsweise aus Wissenschaft und Verbänden besteht.